

R-1 Rechtsextremismus konsequent entgegentreten, Menschenwürde entschlossen verteidigen

Antragsteller*in: Carl-Bernhard von Heusinger (KV Koblenz), Misbah Khan (KV Bad Dürkheim)

Tagesordnungspunkt: 4. Rechtsextremismus entgegentreten - Demokratie stärken

Antragstext

1 Rechtsextremismus konsequent entgegentreten, Menschenwürde entschlossen
2 verteidigen

3 Unsere Demokratie ist in Gefahr. Rechter Hass, Antisemitismus, Rassismus und
4 andere menschenverachtende Hetze gehören leider für viele Menschen zum Alltag.
5 Trotz vielfältiger anderer Bedrohungen, die ebenso dringend im Blick zu behalten
6 sind, ist der Rechtsextremismus weiterhin die größte Gefahr für die Demokratie,
7 die Innere Sicherheit und das gesellschaftliche Miteinander in Rheinland-Pfalz
8 und ganz Deutschland.

9 Das Land, in dem wir leben wollen, ist vielfältig, offen und tolerant.
10 Rheinland-Pfalz steht für ein friedliches und demokratisches Miteinander,
11 geprägt von vorurteilsfreien Begegnungen und Lebensfreude. Unsere Stärke liegt
12 in einer offenen Gesellschaft und gelebter Vielfalt. Diejenigen, die sich für
13 unsere offene Gesellschaft einsetzen, werden nicht selten selbst zur Zielscheibe
14 von verbalen und physischen Angriffen. Gleichzeitig stoßen die Präsenz und die
15 Narrative von rechtsextremen Akteur:innen in der Mitte der Gesellschaft mehr und
16 mehr auf Gleichgültigkeit oder sogar Akzeptanz. Das ist ein direkter Angriff auf
17 unsere Demokratie und die rheinland-pfälzische Lebensart.

18 Stark macht Rheinland-Pfalz auch seine engagierte und organisierte
19 Zivilgesellschaft. Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften, Unternehmen,
20 Jugendverbände, freiwillige Feuerwehren, viele andere Vereine, Verbände und
21 Gruppen und einzelne engagierte Bürger*innen stehen für Demokratie und Vielfalt
22 ein. Die Rolle der unzähligen ehrenamtlich Engagierten ist ausdrücklich zu
23 würdigen. Denn rechtsextreme Netzwerke und Gewalt besetzen häufig dort Räume, wo
24 sich Staat, Vereinsstrukturen oder soziale Einrichtungen zurückziehen. Das wird
25 derzeit – gerade in ländlichen Regionen – immer wieder deutlich.

26 Der Schutz der Menschenwürde, der Vielfalt und unserer freiheitlichen
27 demokratischen Grundordnung sind längst nicht mehr selbstverständlich. Wir
28 setzen uns dafür ein, dass er es wieder wird. Daher wollen wir:

29 Rechtsextreme Netzwerke auflösen

30 Eine stetig wachsende, rechtsextreme Szene hat seit Jahren einen beunruhigend
31 hohen Organisationsgrad erreicht. Sie tritt offen, selbstbewusst und gewaltaffin
32 auf. Unter den Augen von Politik und Sicherheitsbehörden hat sich die
33 rechtsextreme Szene über Jahrzehnte transnational vernetzt, illegale und
34 weitreichende Finanzstrukturen aufgebaut, Menschen bedroht, verletzt und
35 ermordet.

36 Langsam, aber sicher kommt es zu einem Umdenken im Kampf gegen den
37 Rechtsextremismus. Aus den strukturellen Fehlern der Vergangenheit müssen die
38 richtigen Lehren gezogen werden. Wir unterstützen unsere rheinland-pfälzischen
39 Sicherheitsbehörden auf diesem Weg und stehen für ein konsequentes Vorgehen

40 gegen Rechtsextremist:innen. An den Punkten, an denen die Sicherheitsbehörden
41 aktuell auf große Hindernisse in ihrer Arbeit treffen, setzen wir uns dafür ein,
42 diese wohlbedacht zu korrigieren.

43 Hass als Geschäftsmodell unterbinden

44 Verfassungsfeinde erwirtschaften – teilweise illegal – exorbitante Finanzmittel,
45 die sie für ihren ideologischen Kampf gegen unsere Demokratie einsetzen. Für uns
46 ist klar: Hass darf kein Geschäftsmodell sein. Wir setzen daher auf eine bessere
47 Zusammenarbeit zwischen unseren Sicherheits- und Finanzbehörden. Es ist an der
48 Zeit, ähnlich wie im Bereich der Organisierten Kriminalität, eine "Follow the
49 Money"-Strategie gegen Rechtsextremismus zu etablieren.

50 Dafür schlagen wir eine temporäre Task-Force gegen rechtsextreme
51 Finanzierungsnetzwerke vor. In dieser Task-Force sollen die beteiligten
52 Behörden, also das Landeskriminalamt, die Staatsanwaltschaften, die Finanzämter,
53 der Zoll und das Landesamt für Verfassungsschutz, zusammenkommen, um gemeinsam
54 Strukturermittlungsverfahren gegen die rechtsextreme Szene zu bearbeiten und die
55 gegenseitige Sensibilisierung und Kommunikation voranzutreiben.

56 Demokratiefeinde aus dem Staatsdienst entfernen

57 Rechtsextreme und Demokratiefeinde lehnen die freiheitliche-demokratische
58 Grundordnung ab. Wir dürfen diese Personen daher nicht im Staatsdienst
59 akzeptieren und müssen eine Unterwanderung unserer Behörden konsequent
60 unterbinden. Disziplinarverfahren, mit denen Extremisten aus dem
61 Beamtenverhältnis entfernt werden sollen, ziehen sich oft über mehrere Jahre. In
62 dieser Zeit erhalten diese Personen weiterhin einen Großteil ihrer Bezüge. Um
63 langwierige Verfahren zu verhindern, müssen Disziplinarmaßnahmen gegen
64 Extremisten im Staatsdienst schneller ausgesprochen werden können. Es ist daher
65 an der Zeit, dass Rheinland-Pfalz dem Beispiel der Bundesregierung folgt und das
66 Landesdisziplinargesetz entsprechend ändert.

67 Das Netz nicht mehr Nazis überlassen

68 Soziale Medien, große Handels- und Spiele-Plattformen haben unser Leben
69 verändert. Neben positiven Effekten dienen sie jedoch auch als
70 Brandbeschleuniger für Hass und Hetze, der Verbreitung rechtsextreme
71 Devotionalien und rechtsextremer Desinformation. Insbesondere junge User*innen
72 werden mit rechtsextremem und hasserfülltem Content regelrecht überschüttet.

73 Zahlreiche Regulierungsschritte wurden schon unternommen. Es gilt, den Druck auf
74 nationaler und europäischer Ebene auf die Plattformbetreiber weiter zu erhöhen,
75 ihren gesetzlichen und selbst gegebenen Verpflichtungen tatsächlich nachzukommen
76 und regulierende Strukturen, wie zum Beispiel Plattformräte, die als öffentlich-
77 demokratische Kontrollinstanz für Social-Media-Plattformen fungieren können, zu
78 etablieren.

79 Mit Projekten wie „Scroll nicht weg“ steigern wir zudem die digitale
80 Zivilcourage im Netz und empowern Menschen im Netz dagegen zu halten, wenn ihnen
81 Hass und Hetze begegnen. Denn auch im Netz ist jetzt zivilgesellschaftliches
82 Engagement notwendig, um unser freiheitliches und vielfältiges Leben zu
83 erhalten.

84 Politische Bildung und die organisierte Zivilgesellschaft stärken

85 Eine selbstbewusste und wehrhafte Demokratie funktioniert nicht ohne eine
86 starke, organisierte Zivilgesellschaft. Rechtsextreme Akteur:innen wissen das
87 und versuchen daher die Zivilgesellschaft einzuschüchtern, gezielt zu schwächen
88 und zu diffamieren. Wir sehen es daher als intrinsische Aufgabe des Staates an,
89 demokratische und antifaschistische Strukturen nachhaltig zu stärken. Wir
90 brauchen die starke Zivilgesellschaft, die on- und offline rechtem Hass
91 widerspricht. Auf Bundesebene setzen wir uns weiterhin vehement für eine baldige
92 Verabschiedung des Demokratiefördergesetzes ein.

93 Die Förderung von Demokratiebildung und einer demokratischen, weltoffenen
94 Haltung in der Gesellschaft für mehr Toleranz und ein friedliches Miteinander
95 ist ein zentrales Anliegen der politischen Bildung. Die Landeszentrale für
96 politische Bildung leistet dabei einen wichtigen Beitrag bei der
97 außerschulischen Bildung. Darüber hinaus stärken wir die Gedenkarbeit und
98 Demokratiebildung in den Schulen. So sollen z.B. alle Schüler*innen im Laufe
99 ihrer Schulzeit ein ehemaliges Konzentrations- bzw. Vernichtungslager der NS-
100 Diktatur besuchen, um für die historische Verantwortung Deutschlands
101 sensibilisiert zu werden. Wir setzen uns dafür ein, die Verbrechen der NS-
102 Diktatur und die Rolle von Rheinland-Pfalz weiter konsequent aufzuarbeiten.
103 Demokratie lebt aber vor allem von Teilhabe. Wir halten daher weiterhin an
104 unserem Ziel fest, das Wahlalter 16 bei Landtags- und Kommunalwahlen
105 einzuführen.

106 Engagierte und Betroffene besser schützen

107 Für die Bekämpfung von Rechtsextremismus ist die Bekämpfung von Rassismus und
108 die Unterstützung von Betroffenen zentral. Wir unterstützen die zahlreichen
109 Projekte und Beratungsstellen, die sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus,
110 Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit
111 engagieren.

112 Menschen, die sich Tag für Tag für unsere Demokratie einsetzen, seien es
113 Mandatsträger:innen, Journalist:innen oder Ehrenamtliche in den Kommunen, müssen
114 durch unseren Staat besser geschützt werden. Wir setzen uns daher auf
115 Bundesebene für eine Reform des Melderechts ein. Damit wollen wir
116 Auskunftsperren für alle Bedrohten deutlich erleichtern. Auf Landesebene
117 streben wir eine Reform der Landeswahlordnung an, womit wir die Veröffentlichung
118 der Privatadressen von Kandidierenden verhindern wollen.

119 Und schließlich brauchen wir für Bürger:innen vor Ort in den Städten und im
120 ländlichen Raum vertrauensvolle Ansprechpartner:innen, um schnell auch auf
121 schwierige Situationen im Zusammenhang mit allen Formen gruppenbezogener
122 Menschenfeindlichkeit reagieren zu können. Hier können auch die Kommunen vor Ort
123 einen Beitrag leisten.

124 Rechtsextreme konsequent entwaffnen

125 Der Waffenbesitz von Rechtsextremen stagniert weiterhin auf einem bedenklich
126 hohen Niveau. Über 100 Rechtsextremisten, Reichsbürger und Deligitimierer in
127 Rheinland-Pfalz besitzen eine waffenrechtliche Erlaubnis. Um die 400
128 Schusswaffen befinden sich in den Händen von gefährlichen Extremisten. Jede
129 davon ist eine zu viel.

130 Wir setzen uns daher für eine Verschärfung des Waffenrechts ein. Momentan darf
131 der Verfassungsschutz den Waffenbehörden beispielsweise keine über fünf Jahre

132 alten Erkenntnisse über Extremisten mitteilen. Wichtige Erkenntnisse, die auf
133 eine Unzuverlässigkeit im Sinne des Waffenrechts hinweisen können, fallen
134 dadurch durchs Raster. Das muss sich dringend ändern. Außerdem braucht es eine
135 engere Zusammenarbeit zwischen Kontrollbehörden, Polizei und Verfassungsschutz
136 zum Widerruf der Waffenerlaubnis und dem Einzug von Waffen. Und schließlich
137 sollen Rechtsextreme in Zukunft nicht mehr auf Schießständen üben dürfen.

138 Die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie beweisen

139 Ein zentrales Ziel der AfD und eine entscheidende Voraussetzung ihres Erfolgs
140 ist die Verschiebung von Normalitätsstandards. Als demokratische Politiker:innen
141 werden wir uns nicht daran beteiligen, Werte und Normen zu verschieben oder gar
142 von der AfD zu übernehmen. Wir werden unsere demokratischen Grundhaltungen und
143 den politischen Diskurs auch sprachlich bewahren. Dabei erwarten wir einen
144 breiten Schulterschluss aller demokratischen Kräfte.

145 Die AfD ist der parlamentarische Arm der extremen Rechten und eine Gefahr für
146 unsere Demokratie. Die rheinlandpfälzische AfD ist nicht zu unterschätzen. Sie
147 hat klare Verbindungen in ein tief rechtsextremistisches und gewaltbereites
148 Milieu und hat sich in den vergangenen Monaten weiter radikalisiert. Strukturen
149 und personelle Überschneidungen mit rechtsextremen Burschenschaften und
150 Gruppierungen sind nicht zu übersehen. Unsere Demokratie ist wehrhaft und sieht
151 Instrumente vor, um gegen diese Feinde der Demokratie vorzugehen. Wenn die
152 rechtlichen Voraussetzungen für diese Instrumente vorliegen, müssen sie
153 angewandt werden. So haben es die Väter und Mütter des Grundgesetzes uns als
154 Lehre aus der NS-Zeit mitgegeben.

Unterstützer*innen

Johannes Kobiela (KV Mainz); Pia Schellhammer (KV Mainz-Bingen); Katrin Eder (KV Mainz); Ingrid Bäumler (KV Cochem-Zell); Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück); Maik Krüger (KV Mayen-Koblenz); Rebecca Stallbaumer (KV Mayen-Koblenz); Verena Örenbas (KV Ahrweiler); Kim Theisen (KV Koblenz); Benita Marker (KV Mayen-Koblenz); Torsten Materna (KV Südl. Weinstraße); Irmel Münch-Weimar (KV Speyer); Maurice Kuhn (KV Rhein-Pfalz); Natascha Lentjes (KV Mayen-Koblenz); Angela Seip (KV Mainz); Hans-Uwe Daumann (KV Ludwigshafen); Sebastian Hebler (KV Mainz); Nils Wiechmann (KV Mayen-Koblenz); Fabian Ehmann (KV Mainz); Jutta Blatzheim-Roegler (KV Bernkastel-Wittlich); Michael Lichter (KV Trier); Helen Prats-Baumann (KV Landau); Natalie Wendisch (KV Ahrweiler); Michael Böhm-Udelhoven (KV Mainz); Sophie Fink (KV Mainz); Shakeela Stark (KV Südliche Weinstraße); Tobias Grabowski (KV Mainz-Bingen); Natalie Cramme-Hill (KV Trier); Paul Bunjes (KV Kaiserslautern); Lydia Enders (KV Bitburg-Prüm); Anna Neuhof (KV Altkirchen); Shiva Shafahi (KV Mainz); Lisett Stuppy (KV Donnersberg); Judith Klaes (KV Neuwied)